



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Wolfgang Kubicki (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung – Finanzministerium

Verwendung von Steuermehreinnahmen

Vorbemerkung:

In den Kieler Nachrichten vom 02. Mai 2007 wird der Innenminister des Landes mit der Forderung zitiert, nach der angesichts steigender Steuereinnahmen den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ein Teil des Geldes „zurückgeben“ werden soll.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. War die in der Vorbemerkung angesprochene Forderung des Innenministers mit dem Ministerpräsidenten oder dem Kabinett abgesprochen und wenn nein, warum nicht und wie beurteilt die Landesregierung die Verlässlichkeit dieser Aussage des Innenministers?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass durch die Steuermehreinnahmen ein Teil der im Öffentlichen Dienst vorgenommenen Kürzungen wieder zurückgenommen werden sollte und wenn ja, welche Kürzungen (Sonderzahlungen, Eigenbeteiligung Heilfürsorge etc.) gedenkt die Landesregierung in welcher Höhe zurückzunehmen?
3. Welche Summe gedenkt die Landesregierung ggf. aus den Steuermehreinnahmen für Mehrausgaben im Bereich des Öffentlichen Dienstes zur Verfügung zu stellen?

4. Gibt es eine bestimmte Höhe an Steuermehreinnahmen, ab der die Landesregierung gedenkt, Kürzungen im Öffentlichen Dienst rückgängig zu machen, und wenn ja, um welchen Betrag handelt es sich?
5. Gedenkt die Landesregierung ggf. auch den Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich wieder rückgängig oder teilweise rückgängig zu machen und wenn nein, warum nicht?
6. Gedenkt die Landesregierung überhaupt, vorgenommene Kürzungen im Haushalt 2007/2008 aufgrund der Steuermehreinnahmen zurückzunehmen und wenn ja, in welchen Bereichen und in welcher Höhe?

Antwort der Landesregierung:

Zur Klarstellung sei darauf hingewiesen, dass Herr Dr. Stegner die Äußerungen, auf die in der Vorbemerkung Bezug genommen wird, nicht in seiner Eigenschaft als Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, sondern als Landesvorsitzender der SPD getätigt hat.

Im Übrigen hat sich die Beantwortung der Fragen durch die Aktuelle Stunde zu diesem Thema in der Sitzung des Landtages am 9. Mai 2007 erledigt.